



Newsletter November 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

in der aktuellen Plenarwoche hat sich der Landtag mit der Zukunft des Sozialtickets im Öffentlichen Nahverkehr beschäftigt. Anlass war die Ankündigung der Landesregierung, den Anteil des Landes an den Kosten vom kommenden Jahr an zu reduzieren. Unsere SPD-Fraktion hatte eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Beerdigung 1. Klasse für das Sozialticket? Die Mitte-Rechts-Koalition ist eine Koalition der sozialen Kälte!“ beantragt ([17/1318](#)).

Diese unanständige Ankündigung von Schwarz-Gelb hat viele Menschen zutiefst verunsichert und das wollten wir öffentlich besprechen. Die Mobilität von mehr als 300.000 Menschen mit geringem Einkommen sollte auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung geopfert werden. Wege zur Arbeit, zur Fortbildung, zur Teilhabe an der Gesellschaft versperrt werden. Das ist verkehrspolitisch das Gegenteil von zukunftsfähiger Mobilität und sozial gesehen eine Bankrotterklärung. Darin sind wir uns mit den großen Sozialverbänden einig!

In dieser Angelegenheit tauschte ich mich bereits in den vergangenen Wochen mit dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD Kreistagsfraktion, Detlef Ommen aus. Seit Einführung des MobiTicket im Jahr 2016 werden monatlich 1.700 Tickets im Kreis Warendorf verkauft. Kaum ein Haushaltsposten hat für so viele Menschen einen direkten positiven Effekt. Angesichts der zunehmenden Armut in Nordrhein-Westfalen wäre nicht eine Kürzung, sondern eine Aufstockung richtig gewesen.

Zwar ist die Landesregierung zwischenzeitlich etwas zurück gerudert und der Ministerpräsident hat sich in dieses politische Desaster persönlich eingeschaltet. Aber selbst wenn im kommenden Jahr wie bisher 40 Millionen Euro für die ermäßigte Fahrkarte für Arbeitssuchende und Bedürftige zur Verfügung gestellt werden sollen: Wie geht es mit dem Sozialticket nach 2018 weiter? Wir kämpfen darum, dass die Landesregierung die Zukunft des Sozialtickets auskömmlich und nachhaltig sichert!

Außerdem habe ich für meine Fraktion vor dem Plenum geredet. Thema war das erschreckende Insektensterben, welches jetzt in einer wissenschaftlichen Studie bestätigt wurde und welches unsere Lebensgrundlage bedroht. Weitere Themen dieser Woche waren Kita-Öffnungszeiten oder auch die Zukunft der Integrationsräte.

Ich wünsche eine informative Lektüre!

Herzlich,
Annette Watermann-Krass

Annette Watermann-Krass

Inhalt

Kinderbetreuung	S. 2
Insektensterben	S. 2
Integrationsräte	S. 3
Arbeitsmarkt	S. 3
Schulunterricht mal anders	S. 4

Kita-Öffnungszeiten und Randzeiten: Am Bedarf der Eltern orientieren!

Das unter Schwarz-Gelb beschlossene Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hat viele Mängel, etwa die starren Kita-Buchungszeiten. 25- und 35-Stunden-Plätze werden von Eltern immer seltener, 45-Stunden immer öfter gebucht. Eine 45-Stunden-Betreuung ist allerdings mit hohen Elternbeiträgen verbunden. „Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die starren Buchungszeiten aufzulösen und flexiblere Buchungsoptionen zu ermöglichen“, erläutert die Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass.



Durch eine auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen Bildung sollen Träger und Einrichtungen personell in die Lage versetzt werden, die Öffnungszeiten und Öffnungsdauer von Kitas so auszuweiten, dass alle Kindertageseinrichtungen mindestens 40 Stunden geöffnet sind, in der Regel aber eine Betreuungszeit von 45 Stunden gewährleisten

Watermann-Krass machte abschließend deutlich: „Die Abfrage des tatsächlichen Elternbedarfs muss die Grundlage für Betreuungszeiten und Kita-Öffnungszeiten sowie flexible Randzeitenbetreuung sein.“

[Drucksache 17/1288](#)

Studie belegt Insektenschwund: Landesregierung muss Maßnahmen ergreifen



Das Wissenschaftsjournal PLOS ONE veröffentlichte im Oktober eine Studie, die den starken Rückgang von Insekten in Deutschland dokumentiert. Bei den fliegenden Insekten (z.B. Bienen, Falter, Wespen) ermittelte die Studie einen Rückgang von durchschnittlich 76 Prozent. Dieser Schwund bedroht die Pflanzen- und Artenvielfalt in Deutschland und NRW.

Die heimische SPD-Abgeordnete Annette Watermann-Krass sprach in der Plenarsitzung für ihre Fraktion zu dem Thema: „Hier findet gerade eine ökologische Katastrophe statt. Das Ergebnis der Studie ist erschreckend: Seit 1989 haben wir über drei Viertel der Insektenmasse verloren. Wenn die fliegenden Insekten fehlen, ist unsere landwirtschaftliche Produktion bedroht und letztendlich die Lebensgrundlage der Menschen. Die Auswirkungen sehen wir bereits in China, dort müssen die Obstbäume von Menschenhand bestäubt werden. Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, mit Wissenschaftler/innen, Naturschützer/innen und Landnutzer/innen einen wirksamen Maßnahmenkatalog gegen das Insektensterben zu erarbeiten. Wir wollen, dass in Naturschutzgebieten der Einsatz von Pestiziden drastisch reduziert wird. Weiterhin muss mit einem Forschungs- und Insektenrettungsprogramm eine Umkehr dieser Entwicklung eingeleitet werden.“

Watermann-Krass appellierte an die anderen Fraktionen, den Antrag zu unterstützen und warnte eindringlich vor den möglichen Folgen: „Es könnte sonst für einige Insekten und Vögel zu spät sein und unsere Kinder und Enkelkinder lernen die Vielfalt der Natur – Biene und Co. – nur noch aus Bilderbüchern kennen.“

[Drucksache 17/1289](#)

Schwarz-Gelb schwächt die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten

Seit über 20 Jahren gehören die Integrationsräte zu den kommunalen Pflichtgremien in Nordrhein-Westfalen. Sie bieten Bürgerinnen und Bürgern mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft und Staatenlosen die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene politische Vertreterinnen und Vertreter für ihre Interessen direkt zu wählen. Die Integrationsräte sind Teil einer gewachsenen Struktur zur Förderung von Teilhabe und Integration, die NRW bei dieser Aufgabe eine deutschlandweite Vorreiterrolle zukommen lässt.

„CDU und FDP haben nun die Verpflichtung zur Einrichtung von Integrationsräten in den Kommunen in Frage gestellt“, so die heimische Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass. „Dem treten wir entschieden entgegen: Wir fordern den Erhalt der Integrationsräte in ihrer jetzigen Organisationsform und darüber hinaus ihre Stärkung durch bessere Beteiligungsformate.“

Angesichts der Ungewissheit über bevorstehende Änderungen der Integrationsräte trifft sich die Abgeordnete Watermann-Krass mit den Vorsitzenden der Integrationsräte der Städte Ahlen und Beckum. In einem Gespräch soll über die Zukunft der kommunalen Integrationsräte diskutiert werden.

[Drucksache 17/1287](#)

Mitte-Rechts-Koalition lässt Langzeitarbeitslose im Stich!



Der von der Landesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf 2018 sieht massive Kürzungen beim von der SPD-geführten Vorgängerregierung eingeführten sozialen Arbeitsmarkt vor. CDU und FDP haben nun einen Antrag zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit vorgelegt, in dem dieser entsprechend unerwähnt bleibt. Der soziale Arbeitsmarkt soll schwer vermittelbaren Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern; er finanziert Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

„Schwarz-Gelb will Langzeitarbeitslose vorrangig in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln und verkennt dabei, dass nicht alle langzeitarbeitslosen Menschen – z.B. durch Vermittlungshemmnisse wie Krankheit oder Sucht – jemals eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben werden. Um auch diesen Menschen eine Perspektive zu eröffnen, brauchen wir einen staatlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt“, machte Annette Watermann-Krass deutlich.

[Antrag von CDU/FDP: Drucksache 17/1283](#)

Schulstunde mit Frau Watermann-Krass

Im Rahmen der Aktion "Schenken Sie uns eine (Schul)Stunde Ihrer Zeit" vom Verband der Freien Schulen NRW besuchte die Landtagsabgeordnete Watermann-Krass die Montessori Gesamtschule in Sendenhorst. Eine Schulstunde lang, tauschten sich die Kinder der Projektgruppe der Klasse 8 und 9 mit der Abgeordneten aus.

Zunächst schilderte die Sendenhorsterin ihren Lebensweg und wie sie zur Politik gekommen ist. Dabei konnte sie von ihrer Schulzeit in dieser Schule berichten, die eine klare Trennung der Kinder nach katholischen und evangelischen Glauben vorsah.

Der Mangel an einer Übermittagsbetreuung in den Kindergärten war der Grund, warum sie seit 1984 Mitglied in der SPD ist und seit 1989 ein Ratsmandat in Sendenhorst hat. Neben Fragen zur aktuellen politischen Situation in Berlin erkundigten sich die Schülerinnen und Schüler nach der Arbeitsweise des nordrhein-westfälischen Landtags, dem die Abgeordnete seit 2005 angehört.

„Ich bin froh mich in diesem Rahmen mit Schülerinnen und Schülern über die Arbeit der Parteien und des Parlaments austauschen zu können und somit ein Interesse bei den jungen Menschen am täglichen Geschehen zu wecken“, so Watermann-Krass in einem anschließenden Gespräch mit dem Schulleiter Ralf Friedrich.



Fotonachweis:

Spielplatz: Erich Westendarp/ pixelio.de

Biene: luise / pixelio.de

Agentur für Arbeit: Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de